



Red Bull Media House

für das öffentliche Untergraben
des Rechts auf Betriebsratsgründung

Nachdem die Mitarbeiter*innen von servusTV bei einer Online-Umfrage bezüglich der Gründung eines Betriebsrats mitgemacht hatten, wurde seitens Red Bull Media House verkündet, der Sender werde mangels Wirtschaftlichkeit eingestellt und alle 264 Mitarbeiter*innen seien bereits gekündigt. Wenig später gab Konzerngründer und -chef Mateschitz öffentlich zu, dass die Aussicht auf eine Betriebsratsgründung die Entscheidung zur Auflösung des Senders begünstigt hätte.

Die Entscheidung wurde später zurückgenommen, nachdem sich die Belegschaft öffentlich gegen eine Betriebsratsgründung ausgesprochen hatte. Der Vorfall hatte Signalwirkung für servusTV wie für die österreichische Öffentlichkeit. Hierfür ist die Red Bull Media House GmbH für den Schandfleck nominiert.

Das seit 1987 auf dem Markt befindliche Red Bull ist der auf dem Weltmarkt meistverkaufte Energydrink - Red Bull ist die bekannteste österreichische Weltmarke. Der Salzburger Getränkekonzern mit über 10.000 Mitarbeitern weltweit¹ und Firmensitz in Fuschl am See erwirtschaftete im Jahr 2015 ein Rekordergebnis. Der Umsatz für 2015 lag bei 3,2 Milliarden Euro, der Gewinn bei 500,1 Millionen Euro². Laut Forbes wird das Vermögen von Unternehmensgründer und CEO Dietrich Mateschitz auf 12,8 Milliarden US-Dollar geschätzt, womit er als reichster Österreicher gilt; in der Liste der reichsten Menschen der Welt nimmt er Platz 64 ein (Stand: 2016)³.

Auf der Webseite des Mutterkonzerns findet sich zum Thema Unternehmensverantwortung eine längere Ausführung über den ökologischen Fußabdruck der Red-Bull-Dose, und wie das Unternehmen versuche, diesen zu verringern⁴. Zur sozialen Verantwortung des Unternehmens finden sich weder auf der Webseite des Mutterkonzerns, noch bei Red Bull Media House oder bei servusTV Informationen.

servusTV gehört zur Red Bull Media House GmbH, einer Tochterfirma der Red Bull GmbH. Er zeigt vor allem Dokus und Talkshows - Programmschwerpunkt ist nach Eigenangaben "die Heimatregion des Senders: der Alpenraum"⁵. Trotzdem war der Sender nie wirklich erfolgreich. Die Reichweiten stagnieren, der Marktanteil lag im April 2016 bei 1,5 Prozent und das Unternehmen fuhr insgesamt bis zu 800 Millionen Euro Verlust ein⁶.

Am 3. Mai 2016 wurde die Einstellung des Senders mit Ende Juni bekannt gegeben⁷ und mitgeteilt, dass bereits sämtliche 264 Mitarbeiter*innen des Senders⁸ gekündigt sein.

Anfangs wurden wirtschaftliche Gründe angeführt, wie es in einer Aussendung von Red Bull hieß:

„Servus TV wurde im Jahr 2009 als Sender mit hohem Anspruch an Qualität und Unterhaltung gestartet. Obwohl wir Jahr für Jahr einen nahezu dreistelligen Millionenbetrag in Servus TV investiert haben, lässt sieben Jahre nach Einführung die aktuelle Markt- und Wettbewerbssituation keine wirklich positive Entwicklung erwarten.“⁹

¹ <http://energydrink-uk.redbull.com/company-profile>

² http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160917_OTS0004/profil-red-bull-erwirtschaftet-rekordergebnis?asbox=box1&asboxpos=1

³ <http://www.forbes.com/profile/dietrich-mateschitz/>

⁴ <http://energydrink.redbull.com/can-lifecycle>

⁵ <http://www.servustv.com/at/Unternehmen/Ueber-uns>

⁶ Alle Daten von <http://money.oe24.at/Topbusiness/Mateschitz-schmeisst-hin-Aus-fuer-Servus-TV/234300208>

⁷ http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160503_OTS0056/servus-tv-stellt-betrieb-ein

⁸ <http://money.oe24.at/Topbusiness/Mateschitz-schmeisst-hin-Aus-fuer-Servus-TV/234300208>

⁹ http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160503_OTS0056/servus-tv-stellt-betrieb-ein

Der Sender sei daher „wirtschaftlich untragbar geworden“. Entsprechend habe man sich entschlossen „den Betrieb von Servus TV einzustellen“¹⁰.

Erst später reichte Dietrich Mateschitz in einem Schreiben an die „Salzburger Nachrichten“ die wahren Beweggründe nach. Der eigentliche Grund war wohl, dass einige Tage vorher eine Doodle-Umfrage an Servus TV Mitarbeiter*innen ging, in der nach der Gründung eines Betriebsrats gefragt wurde¹¹. Die Rund-Mail sei von einer externen Mail-Adresse gekommen. In einem Statement schrieb er an die Zeitung:

„Unabhängigkeit, Eigenständigkeit und Unbeeinflussbarkeit insbesondere durch politische Parteien, egal welcher Richtung, war von Anfang an ein tragender Pfeiler von Servus TV. Die Betriebsratsgründung hätte diese Werte insbesondere durch die Art und Weise ihres Zustandekommens - anonym, unterstützt von Gewerkschaft und Arbeiterkammer - nachhaltig beschädigt. Dass diese Vorgehensweise bei der Entscheidung in der aktuellen Situation des Senders nicht gerade dienlich war, ist evident.“¹²

Kurz darauf unterschrieben mehr als 200 Beschäftigte einen Brief, in dem es hieß:

„Wir wollen und brauchen keinen Betriebsrat...Darüber hinaus verbitten wir uns ausdrücklich jedwede (auch gewerkschaftliche) Einmischung und Stellungnahme von außen.“¹³

Das Unternehmen wurde außerdem als sozial bezeichnet und für seinen loyalen Umgang mit den Mitarbeiter*innen gelobt.

Nur wenig später, am 4. Mai, trafen sich die Verantwortlichen von Arbeiterkammer, Gewerkschaft und Red Bull. Es wurde kommuniziert, dass die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter*innen einen Betriebsrat ablehne. Somit sei auch die „Fortsetzung der partei-politisch unabhängigen Linie von allen Beteiligten begrüßt“ worden. Red Bull-Chef Dietrich Mateschitz wolle daher den Sender weiterführen, die Kündigungen würden zurückgenommen.

Eine Anfrage der Tageszeitung *Standard*, was das Zusammenkommen der Mitarbeiter*innen in einem Betriebsrat mit Parteipolitik und dem Verlust der Unabhängigkeit zu tun habe, wurde nicht beantwortet¹⁴.

Auf Anfrage unseres Netzwerks gab die Red Bull Media House GmbH keine Stellungnahme ab.

Auch wenn die Schließung des Senders zurückgenommen wurde, ist das Verhalten des Red Bull Media House sozial unverantwortlich, denn es negiert die Freiheit zur Gründung eines Betriebsrats. Die Verhinderung der Errichtung eines Betriebsrates verstößt gegen das Koalitionsrecht, welches in Artikel 11 Z 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert ist und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte in Artikel 22 Absatz 1 sowie im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Artikel 8 festgehalten ist. Die Koalitionsfreiheit wird auch in Artikel 12 Absatz 1 und Artikel 28 der EU-Grundrechtecharta geschützt. Die Drohung, einen Betrieb gänzlich zu schließen und die ausgesprochene Kündigung an alle Mitarbeiter*innen ist als solche Störung wohl anzusehen.

Der Fall servusTV/Red Bull Media House hat das schädliche Potenzial, ein stellvertretendes Symbol für eine neue Arbeitgeberkultur zu sein, in der betrieblicher Organisation der Arbeitnehmer*innen ganz öffentlich und offensichtlich mit Druck begegnet wird, um solche gesetzlich geschützten Vorgänge im Keim zu ersticken. Gleichzeitig wird hiermit eine neue Arbeiterkultur des absoluten Wettbewerbs nach unten und der Entsolidarisierung der Gesellschaft gefördert, in der Arbeiter*innen sich am Ende gegen ihre eigenen Interessen selbst einschränken.

Forderung an das Unternehmen

- ▶ Nach dem Arbeitsverfassungsgesetz können in Betrieben ab fünf Beschäftigten Betriebsräte gegründet werden. Solche Initiativen dürfen vom Arbeitgeber nicht behindert werden.
- ▶ Wir fordern von servusTV und Red Bull Media House eine öffentliche Entschuldigung und Klarstellung, dass sich das Unternehmen auf der Grundlage auch des Arbeitsverfassungsgesetzes bewegt. Die Freiheit zur

¹⁰ ebd.

¹¹ <http://derstandard.at/2000036295188/Gewerkschafter-Katzian-nach-Aus-fuer-Servus-TV-Wir-haben-uns?ref=rec>

¹² Zitat Dietrich Mateschitz - http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160503_OTS0215/dietrich-mateschitz-ueber-die-einstellung-von-servus-tv

¹³ Der komplette Brief der Beschäftigten von servusTV - <http://www.salzburg.com/nachrichten/medien/sn/artikel/servus-tv-mitarbeiter-gegen-gruendung-eines-betriebsrates-194942/>

¹⁴ <http://derstandard.at/2000036324395/Servus-TV-bleibt-bestehen-Kuendigungen-zurueckgenommen>

Gründung eines Betriebsrates muss immer gewährleistet sein. Gerade in Segmenten mit schwieriger wirtschaftlicher Lage darf diese nicht ausgenutzt werden, um Arbeiter*innenrechte auszuhöhlen und eine Kultur der Einschränkung der eigenen Rechte zu fördern.

Forderung an die Politik

Von den politischen Entscheidungsträger*innen fordern wir die Schaffung von rechtlich wirksamen Instrumenten, die Betriebsrats-Störungen effektiv verhindern.

